

Inferno der Gewalt

I.

Weltweite Proteste verhallen ungehört: Die USA und ihre britischen Verbündeten begannen trotzdem ihren Krieg gegen den Irak. Seine Folgen sind unabsehbar. Viele tausend unschuldiger Menschen sind vom imperialen Hochmut und vom militärischen Vernichtungswahn, durch Cluster-Bomben und Uran-Munition vorsätzlich zerfetzt, ermordet oder als Schwerstverwundete lebenslang gezeichnet worden. Nichts hat die Tötungsmaschinerie der überlegenen Invasoren aufhalten können.

Die Regierung Bush hat mit ihrer Behauptung, ihr Krieg sei eine so genannte Präventivmaßnahme, die gesamte Welt belogen und Völkerrecht gebrochen. Mit ihrem Angriffskrieg haben der US-Präsident und seine Regierung gegen die fundamentalen Normen des Rechts und der politischen Ethik, gegen die Prinzipien einer zivilisierten Gesellschaft, gegen die UN-Charta und gegen die Menschenrechtskonvention verstoßen. Deshalb gehört ein Despot wie George W. Bush auf die Anklagebank. Er hat die Eskalation der Gewalt und deren Folgen in erster Linie zu verantworten.

Entgegen den vollmundigen Verheißungen aus den USA hat der Irak-Krieg den Menschen in der arabischen Welt weder Frieden, noch Freiheit von Not und Elend gebracht. Und dieser Krieg ist noch lange nicht beendet. Er hinterlässt gewaltige Zerstörungen und kaum vorstellbares Leid, bei vielen der betroffenen Menschen sogar Hoffnungslosigkeit. Die meisten haben ihre Arbeit verloren und leben in menschenunwürdigen Verhältnissen; denn es wurden auch Häuser und wichtige zivile Einrichtungen durch Bomben zerstört. Die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) schätzt, dass seit dem 18. März 2003 als Folge des Krieges und der Besatzung über 100.000 Zivilisten ums Leben gekommen sind. Über 2.000 amerikanische Soldaten sind nach offiziellen Angaben im Irak gefallen, die meisten davon nach dem 1. Mai 2003, nach dem Tag also, an dem Bush in theatralisch-martialischer Siegerpose die Kampfhandlungen voreilig für beendet erklärt hatte. Wie viele Söldner bislang im Irak gestorben sind, ist nicht bekannt. Regierungen schätzen diese so genannten Privatsoldaten vor allem dafür, dass sie das Sterben „privatisieren“. Nach Schätzungen arbeiten mittlerweile etwa 20.000 Söldner im Irak. Unter ihnen sind auch Deutsche. Das Pentagon bezahlt. Erich Schmidt-Eenboom, Militär- und Geheimdienstexperte, sagte dazu im Fernsehmagazin *Monitor* am 24.11.2005: „Das ist ein wesentliches Element, dass man nämlich sich freikaufte von eigenen militärischen Verlusten, weil niemand den Tod eines Söldners bedauert, weil es ja bei denen zum Berufsrisiko gehört, zu seinem Vertrag, gegebenenfalls zu sterben, und es ist auch Teil der Söldnermentalität mit diesem Element, ich kann getötet werden, zu kokettieren.“

Jeden Tag sterben weitere unschuldige Menschen im Irak. Anfang November 2005 hat der italienische Fernsehsender Rainews 24 eine Dokumentation ausgestrahlt, in der den USA vorgeworfen wird, bei ihrer Offensive gegen die Stadt Falludscha Ende 2004 chemische Waffen eingesetzt zu haben. Die Autoren berufen sich auf Aussagen amerikanischer Soldaten, die grausame Szenen über Zivilisten schilderten, die mit Phosphorgranaten getötet und verbrannt worden waren. Ein Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums betonte gegenüber dem britischen Rundfunk BBC, dass die Phosphorgranaten keine chemischen Waffen, sondern „konventionelle Munition“ seien. Die USA verweigern bis heute die Unterzeichnung einer internationalen Konvention, die den Einsatz von weißem Phosphor gegen Zivilisten verbietet. Weißer Phosphor ist hochentzündlich und brennt, sobald die Substanz mit Sauerstoff zusammenkommt.

Das Gerede der amerikanischen Regierungsdemagogen von Demokratie, Frieden und Freiheit ist nichts als Propaganda; denn Soldaten und Söldner der USA morden und erzeugen täglich neue Gewalt. Der Schaden durch die verlogene US-Politik ist gewaltig: weltweit neuer Terrorismus statt Zurückdrängung des Terrors. Ohne überzeugende Anstrengungen im

Kampf gegen Hunger und Armut in dieser Welt werden Hass und Gewalt in den verzweifelten, erniedrigten Völkern weiter zunehmen.

II.

Die Fotos und Berichte über schwerste körperliche und seelische Misshandlungen irakischer Gefangener durch US-Soldaten im Gefängnis von Abu Ghraib bei Bagdad erschüttern und empören die Welt. Der als geheim eingestufte Bericht des US-Generalmajors Antonio Taguba gelangte nach und nach an die Öffentlichkeit. Auf 53 Seiten beschreibt er den Folterskandal, den der US-Militärgeheimdienst und die CIA veranlasst haben. Die Misshandlungen waren Teil einer genau kalkulierten Strategie, um die Gefangenen für Verhöre gefügig zu machen.

Der Untersuchungsbericht wurde zunächst durch einen Artikel in dem amerikanischen Magazin *The New Yorker* bekannt. Es folgten zahlreiche weitere Veröffentlichungen mit immer neuen grauenvollen Fotos und Berichten. In dem vom gestürzten Saddam-Regime übernommenen Gefängnis wurden Tausende Iraker eingekerkert, die meisten davon Zivilisten, die zufällig bei Razzien durch die Amerikaner festgenommen wurden. Die Berichte verzeichnen einen „systematischen und illegalen Missbrauch“ der Häftlinge. Die US-Regierung redete sich auf Einzelfälle heraus. Dem steht unter anderem allerdings die Äußerung der abgelösten Gefängnisdirektorin entgegen; sie berichtete, dass im Foltertrakt von Abu Ghraib ausschließlich der Militärgeheimdienst die Anweisungen gegeben habe.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) spricht in einem Bericht ebenfalls von systematischen Misshandlungen im Irak. Folter war demnach „kein isolierter Einzelfall, sondern ein breites Schema“. Bereits im Sommer 2003 hat das IKRK die US-Regierung auf Missstände im Camp Cropper auf dem Bagdader Flughafen aufmerksam gemacht. Im Februar 2004 erneuerte das Rote Kreuz seine Foltervorwürfe bei einem Treffen mit dem amerikanischen Zivilverwalter im Irak, Paul Bremer. Am 28. April 2004 veröffentlichte der US-Fernsehsender CBS erstmals Bilder von misshandelten irakischen Kriegsgefangenen. Und am 7. Mai 2004 publizierte die Tageszeitung *Wall Street Journal* einen internen IKRK-Bericht; darin ist von systematischen Misshandlungen durch britische Soldaten die Rede.

Die angeblichen Befreier haben zweifelsfrei brutalste Foltermethoden angewandt. Gert Sommer, Professor für klinische Psychologie und Friedensforschung an der Universität Marburg, wird in einem Hintergrundbericht der *Frankfurter Rundschau* vom 12. Mai 2004 wie folgt zitiert: „Die Ereignisse verwundern mich nicht. Militär bedeutet Sozialisation zum Töten. Im Krieg ist das moralische Wertgefüge völlig verändert: Der andere ist böse, man selber der Gute. Der Aufbau von Feindbildern gehört dazu: Der Gegner muss entmenschlicht werden.“ Diese Feststellung entspricht der aktuellen Politik des amerikanischen Präsidenten, ein grauenhaftes Gespinnst aus Gewalt und Verlogenheit.

Der Irak ist nicht das einzige Beispiel für die Missachtung des Völkerrechts und der Menschenrechtskonvention durch US-Regierungen. Erinnerung sei an Vietnam, Chile, Nicaragua, Panama und die Zusammenarbeit mit kriminellen Regimes in aller Welt. Es bedarf keiner weiteren Beweise für die Feststellung: Die Außenpolitik der USA ist ausschließlich den Profitinteressen der Konzerne unterstellt und menschenverachtend. Proteste in aller Welt genügen nicht. Angesichts der US-Regierungspolitik wäre ein Boykott amerikanischer Produkte und Dienstleistungen die angemessene Reaktion! Warum noch den gesundheits-schädlichen Fast-Food-Dreck diverser amerikanischer Ketten konsumieren? Warum die Gewalt verherrlichenden US-Spielfilme anschauen oder US-Computerspiele kaufen? Warum in ein gewalttätiges Land reisen? Und vor allem: warum die asoziale Innenpolitik kopieren?

Es wird immer klarer, dass mit dem Krieg der USA und Großbritanniens im Irak gigantische Gewinne von den amerikanischen und britischen Ölkonzernen erhofft werden. Mit etwa 112 Milliarden Fässer Öl (ein Fass enthält 159 Liter) in 80 bekannten Ölfeldern verfügt der Irak nach Saudi-Arabien über die weltweit zweitgrößten Ölreserven. Bis zu zwei Drittel der im Staatsbesitz befindlichen Ölvorkommen sollen nun für annähernd 40 Jahre privatisiert und

von ausländischen, überwiegend amerikanischen und britischen Ölkonzernen, kontrolliert und ausgebeutet werden. Die so genannten Produktionsteilungsabkommen würden den Konzernen gewaltige Gewinne garantieren mit Renditen zwischen 42 und 162 Prozent jährlich. Dem Irak drohen durch die Privatisierung der Ölförderung Verluste von bis zu 194 Milliarden Dollar. Offensichtlich ist das die Freiheit, die George Bush meint: die Freiheit zur Ausbeutung!

III.

Was inzwischen aus dem CIA-Gulag Guantánamo oder Abu Ghraib bekannt wurde, erscheint nach der Lektüre des Buches von Alfred W. McCoy *Foltern und Foltern lassen* als Normalität seit Jahrzehnten, nicht nur bei der CIA, auch beim militärischen Geheimdienst der USA. Die US-Regierung missachtet internationale Rechtsgrundsätze wie die III. Genfer Konvention von 1949, die den Schutz und den Status von Kriegsgefangenen regelt. Darin ist unter anderem verankert, dass Gefangene jederzeit mit Menschlichkeit behandelt werden müssen. Untersagt sind Handlungen oder Unterlassungen, die schwere Gesundheitsgefährdung oder den Tod zur Folge haben können. Die Gefangenen sind „insbesondere auch vor Gewalttätigkeit oder Einschüchterung, Beleidigungen und öffentlicher Neugier“ zu schützen. Sie haben „unter allen Umständen Anspruch auf Achtung ihrer Person und ihrer Ehre“ sowie ein Recht auf Unterhalt und ärztliche Betreuung. Sie dürfen weder durch „körperliche noch seelische Folterungen“ zu irgendwelchen Auskünften gezwungen werden.

Die Regierung der USA interessiert diese Konvention offensichtlich nicht. Bereits im Februar 2002 verkündete Präsident Bush, dass für Gefangene in Afghanistan der Schutz der Genfer Konvention nicht gelte. Die Bush-Administration definiert die Insassen der Gefangenenlager nicht als „Kriegsgefangene“, sondern als „auf dem Schlachtfeld Gefangene“, um mit diesem dürftigen terminologischen Trick die Genfer Konvention zu umgehen. Im April 2003 wurde bekannt, dass ein geheimes Papier des Pentagon 20 zugelassene Verhörmethoden für das US-Gefängnis in Guantánamo auflistet, darunter stundenlanges Stehen oder Knien mit einem Plastiksack über dem Kopf; tagelanger Schlafentzug; extreme Hitze und Kälte; Beschallung mit lauter Musik; Befragung in nacktem Zustand in der Zelle; erzwungenes Verharren in verrenkter, schmerzhafter Körperhaltung. Nach Informationen von Menschenrechtsorganisationen gleichen die in Guantánamo angewandten Methoden denen im Irak, in Afghanistan und anderswo. Auf seinem Stützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba hält das US-Militär rund 600 Menschen fest, die im Zuge des von Bush ausgerufenen Kampfes gegen den Terror zumeist in Afghanistan gefangen genommen wurden. Die Haftbedingungen widersprechen allen internationalen Konventionen.

Berichte ehemaliger jemenitischer Gefangener bestätigen, dass der US-Geheimdienst CIA Verdächtige an Orten auf der ganzen Welt verschwinden lässt. amnesty international veröffentlichte einen Bericht über Muhammad al-Assad. Der Jemenite lebte seit 20 Jahren in Tansania. Sicherheitskräfte des Landes nahmen ihn im Dezember 2003 fest und übergaben ihn an US-Amerikaner, vermutlich Mitarbeiter der CIA. Über 16 Monate erfuhr al-Assads Familie nichts über sein Schicksal. „Der Fall von Muhammad al-Assad zeigt eindrucklich, dass die USA in ihrem so genannten Krieg gegen den Terror systematisch die Menschenrechte verletzen“, sagte Ferdinand Muggenthaler, Amerika-Experte bei ai. „Die USA müssen alle geheimen Haftorte offen legen und die Gefangenen entweder freilassen oder in einem fairen Verfahren anklagen.“

Seit längerem wird vermutet, dass der US-Geheimdienst hochrangige El-Kaida-Gefangene an geheimen Orten festhält. Die *Washington Post* meldete, die CIA betreibe Haftzentren unter anderem in einigen osteuropäischen Staaten. ai weist seit längerem darauf hin, dass die USA Gefangene „verschwinden“ lassen. Die ai-Recherchen lassen aber auch darauf schließen, dass dies nicht nur mutmaßliche El-Kaida-Führer betrifft. Wie Berichte der Jemeniten zeigen, ist das System illegaler Auslieferungen und geheimer Verhörzentren offenbar größer als bisher angenommen. „Alle Länder, die bisher an diesem völkerrechtswidrigen System mitgewirkt haben, fordern wir auf, den USA ihre Unterstützung zu entziehen“, erklärte ai-Experte Muggenthaler.

Die Entführung und Misshandlung des deutschen Staatsbürgers Khaled el-Masri durch den amerikanischen Geheimdienst CIA soll auch der deutschen rot-grünen Bundesregierung zumindest bekannt gewesen sein. El-Masri war Ende 2003 in Mazedonien inhaftiert worden. Nach seinen Aussagen wurde er in ein geheimes CIA-Gefängnis in Afghanistan gebracht und dort auch gefoltert. Erst nach fünf Monaten erkannte die CIA, dass er nichts mit El Kaida zu tun hatte. Andere Fälle von Entführung und Folter sind ebenso empörend und menschenverachtend. So sitzt der Deutsch-Türke Murat Kurnaz seit vier Jahren ohne Anklage und ohne Beweise im US-Lager Guantánamo. Er wurde bei einem Aufenthalt in Pakistan festgenommen und an die Amerikaner, wahrscheinlich für eine Kopfgeldprämie, übergeben.

An der Vernehmung gefangener Terrorverdächtiger im Ausland sind offensichtlich im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit der Geheimdienste auch deutsche Sicherheitsbeamte beteiligt. Der Bundesnachrichtendienst (BND) soll die US-Truppen beim Irakkrieg aktiv unterstützt und angeblich sogar bei der Identifizierung von Bombenzielen geholfen haben. Barbara Lochbihler, Generalsekretärin der deutschen Sektion von amnesty international, sagte der *Frankfurter Rundschau*: „Deutsche Behörden nutzen Erkenntnisse, die bei rechtswidrigen Inhaftierungen gewonnen wurden.“ Deutsche Kriminalisten und Geheimdienstmitarbeiter haben mindestens begründete Vermutungen darüber, was mit terrorverdächtigen Gefangenen passiert ist, die sie in den „Privatgefängnissen“ der CIA verhören. Statt von Verhören wird gegenüber Mitgliedern des deutschen Bundestages von „informativischen Befragungen“ gesprochen. Die Bundesregierung und besonders ihr Innenminister Schäuble rechtfertigen diese Praxis.

IV.

Verantwortlich für Verhörmethoden mit Folterungen sind vor allem US-Verteidigungsminister Rumsfeld und Präsident George W. Bush. Aber nicht nur die amerikanischen Auslandseinsätze verstoßen gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Mit einem Gesetz gegen den Terrorismus im eigenen Land können die Geheimdienste nach Gutdünken die bürgerlichen Rechte jedes Nordamerikaners beschneiden. Im Oktober 2001 wurde der so genannte Patriot Act erlassen. „Das Papier wurde nachts in geheimer Sitzung von einigen Leuten zusammengeschrieben, keiner von uns Abgeordneten hatte das mehrere 100 Seiten starke Ding gelesen“, berichtete ein Abgeordneter der Demokratischen Partei gegenüber der *tageszeitung (taz)*, 4. 5. 2004). Nach dessen Angaben stimmten in den frühen Morgenstunden nur ein Senator und 66 Abgeordnete dagegen. „Wer wollte in dieser Zeit schon unpatriotisch sein.“ Seit dem Erlass des Patriot Act haben US-Gerichte Tausende von Durchsuchungsbefehlen und Vorladungen allein im Zusammenhang mit Terrorismusverdacht beschlossen.

Gore Vidal, Exsenator und Schriftsteller, stellte in einem Interview fest: „Ein beliebiger amerikanischer Bürger kann als Terrorist herausgegriffen werden, ohne Beweise, es genügt das Wort des Justizministers oder auch des Präsidenten selbst. Er kann dann eingesperrt werden ohne Anwaltsbesuch, von einem Militärtribunal verurteilt und sogar hingerichtet oder seiner Staatsbürgerschaft beraubt und irgendwohin in ein Niemandsland exiliert werden. Alles das geht mit dem USA Patriot Act.“

Vidal sagte weiter: „Wir haben eine total korrupte Gesellschaft. Das Amt des Präsidenten steht zum Verkauf. Wer immer das meiste Geld aufbringt, um Fernsehzeit zu kaufen, wird vermutlich der nächste Präsident. Das ist Korruption im großen Stil. Es gibt noch vage Erinnerungen an das, was wir einst waren. Es gibt noch einige alte Leute, die sich an den New Deal erinnern, an das letzte Mal, da wir eine Regierung hatten, die noch etwas Interesse am Wohl des amerikanischen Volkes zeigte. Jetzt, in den letzten 20 bis 30 Jahren, haben wir Regierungen, die sich nur noch um das Wohl der Reichen kümmern.“ Solche Meinungen sind in den amerikanischen Medien kaum zu finden. Aber eine wachsende Opposition artikuliert sich über das Internet. (www.alternet.org)

Die Regierung der USA wird der von ihr beanspruchten Führungsrolle als Weltmacht nicht gerecht. Anspruch und Wirklichkeit klaffen extrem weit auseinander. Moralisch bankrott, fei-

ge und brutal, ungläubwürdig und ohne Würde hat sie längst keine Vorbildfunktion mehr. Die USA sind vielmehr zur größten Gefahr für den Weltfrieden geworden. Bush und seine Komplizen haben die Führung auf dem Weg in die Barbarei übernommen.

Franz Kersjes (Januar 2006)

Buchempfehlungen

Alfred W. McCoy

Foltern und Foltern lassen

50 Jahre Folterforschung und –praxis von CIA und US-Militär
Verlag Zweitausendeins, 14,90 €

Karlheinz Deschner

Der Moloch

Eine kritische Geschichte der USA
Heyne Verlag, München, 9,95 €

Gustavus Myers

Das große Geld

Die Geschichte der amerikanischen Vermögen
Greno Verlag, Nördlingen, 9,95 €

Eric Frey

Schwarzbuch USA

Eichborn Verlag, 24,90 €

Paul Krugman

Der große Ausverkauf

Wie die Bush-Regierung Amerika ruiniert
Campus Verlag, 21,90 €

Noam Chomsky

Power und Terror

US-Waffen, Menschenrechte und internationaler Terrorismus
Europa Verlag, 9,90 €

Hans Leyendecker

Die Lügen des Weißen Hauses

Warum Amerika einen Neuanfang braucht
Rowohlt Verlag, 14,90 €

Richard Clark

Against All Enemies

Der Insiderbericht über Amerikas
Krieg gegen den Terror
Verlag Hoffmann und Campe, 19,90 €

Barbara Victor

Beten im Oval-Office

Christlicher Fundamentalismus
in den USA und die internationale Politik
Pendo-Verlag, 19,90 €

Wolfgang Scheler / Ernst Voit (Hg.)

Kriege zur Neuordnung der Welt

Kai Homilius Verlag, 24,80 €

Zur weiteren Information:

Schurkenstaat

von Richard Du Boff

1. Im Dezember 2001 kündigten die USA den ABM-Vertrag von 1972 und machten so den historischen Vertrag zunichte. Erstmals im nuklearen Zeitalter widerriefen die USA ein umfassendes Abkommen über Rüstungsbegrenzung (hier: Interkontinentalraketen).

2. Das Abkommen über Biologische und Chemische Waffen wurde 1972 von 144 Nationen einschließlich der USA ratifiziert. Im Juli 2001 verließen die USA eine Konferenz in London, auf der ein Protokoll von 1994 diskutiert wurde, das Vor-Ort-Inspektionen zur Stärkung des Abkommens vorsah. Im November 2001 erklärte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, John Bolton in Genf: Das Protokoll ist tot. Gleichzeitig beschuldigte er den Irak, Iran, Nord-Korea, Libyen, den Sudan und Syrien, das Abkommen zu verletzen, ohne jedoch genaue Anschuldigungen zu machen oder Beweise dafür vorzulegen.

3. Juli 2001: Unterzeichnung des UN-Abkommens zur Eindämmung der illegalen Verbreitung von Kleinwaffen. Die USA waren die einzige Nation, die dagegen war.

4. Im April 2001 wurden die USA nicht mehr in die Menschenrechtskommission der UN gewählt, nachdem sie jahrelang ihre UN-Beiträge nicht bezahlt hatten (einschließlich der aktuellen Schulden von 244 Millionen US Dollar) und nachdem sie die UN gezwungen hatten, ihren Anteil am UN-Haushalt von 25 auf 22 Prozent zu senken. (Die USA waren die einzigen, die sich in der Menschenrechtskommission gegen Resolutionen stellten, die eine preisgünstige Versorgung mit HIV/AIDS-Medikamenten unterstützte, sie waren gegen ein Grundrecht auf ausreichende Ernährung und gegen einen Aufruf für ein Aussetzen der Todesstrafe.

5. In Den Haag sollte ein Internationaler Strafgerichtshof eingerichtet werden, um Politiker und Militärangehörige, die sich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten, zu verurteilen. Der Vertrag wurde im Juli 1998 in Rom unterzeichnet. 120 Länder stimmten zu, sieben stimmten dagegen, darunter die USA. Im Oktober 2001 unterzeichnete Großbritannien als 42. Nation. Im Dezember 2001 ergänzte ihn der amerikanische Senat durch einen Zusatz mit einer Anweisung für das Militär, die sicherstellte, dass US Soldaten sich nicht dem Urteil des vorgesehenen Gerichtshofs unterwerfen würden.

6. Der Landminen-Vertrag, welcher Landminen ächtet, wurde im Dezember 1997 in Ottawa von 122 Nationen unterzeichnet. Die USA verweigerten ihre Unterschrift zu-

sammen mit Russland, China, Indien, Pakistan, Iran, Irak, Vietnam, Ägypten und der Türkei. Präsident Clinton lehnte den Vertrag mit der Behauptung ab, dass Minen notwendig seien, um Süd-Korea gegen die 'überwältigende militärische Übermacht' Nord-Koreas zu schützen. Er erklärte, die USA würden eventuell 2006 beitreten. Präsident Bush lehnte dies im August 2001 ab.

7. Im März 2001 erklärte Präsident Bush das Kyoto-Protokoll zur Kontrolle der weltweiten Klimaveränderung für „tot“. Im November 2001 nahm die Regierung von Bush nicht an den Verhandlungen in Marrakesch (Marokko) teil, um die Übereinkunft zu revidieren. Sie sollte dort hauptsächlich verwässert werden. Ein vergeblicher Versuch, die Zustimmung der USA zu bekommen.

8. Im Mai 2001 weigerten sich die USA, mit Ländern der Europäischen Union zusammenzutreffen, um - wenn auch nur auf niedriger Regierungsebene - über Wirtschaftsspionage und elektronische Überwachung von Telefongesprächen, E-Mails und Fax zu sprechen. Die Grundlage dafür ist das US-Programm Echelon.

9. Im Mai 2001 weigerten sich die Vereinigten Staaten, an von der OECD angelegten Gesprächen in Paris teilzunehmen, wo es um Möglichkeiten ging, den offshore und anderen Steuer- und Geldwasch-Oasen das Handwerk zu legen.

10. Februar 2001: 123 Nationen verpflichten sich, gegen Menschen gerichtete Bomben und Minen weder herzustellen noch solche einzusetzen. Die USA sind nicht dabei.

11. Im September 2001 verlassen die USA die internationale Konferenz über Rassismus in Durban (Südafrika), an der 163 Länder teilnahmen.

12. Juli 2001: Die acht großen Industrienationen (G-8) planen, Energie sauberer einzusetzen. Die USA sind als einziges Land dagegen.

13. Die Vereinigten Staaten verschärfen ihr völkerrechtswidriges Embargo gegen Kuba. In der UN-Vollversammlung wird im Oktober 2001 zum zehnten Mal in zehn aufeinander folgenden Jahren eine Resolution verabschiedet, die ein Ende des Embargos fordert. Abstimmungsergebnis: 167 dafür, 3 dagegen (die USA, Israel und die Marshall-Inseln).

14. Das Verbot von Atomwaffentest wird von 164 Staaten unterzeichnet und von 89 einschließlich Frankreich, Großbritannien, und Russland ratifiziert. Auch Clinton unterschreibt 1996, aber der amerikanische Senat lehnt den Vertrag ab. Die USA gehören damit zu den 13 Nicht-Ratifizierern unter den Ländern, die Atomwaffen oder Atomkraftprogramme haben. Im November 2001 erzwangen die USA im UN-Ausschuss für Abrüstung und Sicherheit eine Abstimmung, um ihren Widerstand gegen den Atomwaffen-Teststop-Vertrag zu demonstrieren.

15. 1986 entschied der Internationale Gerichtshof in Den Haag, dass die USA durch die „unrechtmäßige Anwendung von Gewalt“ in Nicaragua internationales Recht verletzt haben. Die USA weigerten sich, das Urteil anzuerkennen. Eine mit 94:2 Stimmen gefasste Resolution der UN forderte die Durchsetzung des Haager Urteils. Die USA und Israel waren dagegen.

16. 1984 traten die USA aus der UNESCO aus und beendeten ihre Zahlungen in den Haushalt der UNESCO wegen des Projekts „Neue Weltweite Informations- und Kommunikationsordnung (NWICO)“, das die Medienabhängigkeit von den vier größten Nachrichtenagenturen (AP, UPI, Agence France-Presse, Reuters) verringern sollte.

Die USA beschuldigten die UNESCO der Einschränkung der Pressefreiheit, des Missmanagements und anderer Fehler, und dies trotz eines Abstimmungsergebnisses in den Vereinten Nationen von 148:1 für dieses Projekt. 1989 beendete die UNESCO das Projekt, aber die USA weigerten sich trotzdem, wieder beizutreten. 1995 machte die Clinton-Regierung den Vorschlag, wieder beizutreten. Er wurde im Kongress abgeblockt und Clinton verfolgte die Angelegenheit nicht weiter. Im Februar 2000 zahlten die USA schließlich einen Teil ihrer UN-Schulden, nicht aber die bei der UNESCO (UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur), der sie bis heute nicht wieder beigetreten sind.

17. 1989 wurde ein Zusatzprotokoll zum Internationalen UN-Abkommen über Bürgerliche und Politische Rechte verfasst, das die Abschaffung der Todesstrafe vorsieht und die Hinrichtung von Unter-Achtzehnjährigen verbietet. Die USA hat dieses weder unterzeichnet noch ratifiziert und sich, was die Altersbegrenzung betrifft, ausdrücklich ausgenommen. Damit sind es noch fünf Länder, die immer noch Jugendliche hinrichten: Saudi Arabien, die Demokratische Republik Kongo, Iran und Nigeria. In China wurde diese Praxis 1997 und in Pakistan 2000 aufgegeben.

18. 1979: UN-Abkommen zur Abschaffung jeglicher Art von Diskriminierung von Frauen. Die einzigen Länder, die dieses Abkommen zwar unterzeichneten, es aber nicht ratifizierten, sind die USA, Afghanistan, Sao Tome und Principe.

19. Das UN-Abkommen von 1989 über die Rechte des Kindes, das die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Kinder schützt, wurde von den USA unterzeichnet aber nicht ratifiziert. Das einzige andere Land ist Somalia, das aber keine funktionsfähige Regierung hat.

20. Das internationale UN-Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966, das einen weiten Bereich von Rechten abdeckt und vom Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte überwacht wird, wurde 1977 von den USA unterzeichnet, jedoch nicht ratifiziert.

21. Die UN-Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord von 1948 wurde von den USA 1988 schließlich ratifiziert mit dem Zusatz einiger Einschrän-

kungen dahingehend, dass die amerikanische Verfassung und der „Rat und die Zustimmung des Senats“ erforderlich sind um zu prüfen, ob Handlungen im Zusammenhang mit bewaffneten Auseinandersetzungen Völkermord darstellen. Diese Einschränkungen wurden von Großbritannien, Italien, Dänemark, den Niederlanden, Spanien, Griechenland, Mexiko, Estland und anderen zurückgewiesen.

22. Wird der Status „Schurke Nummer eins“ kompensiert durch Hilfe an weniger wohlhabende Länder? Die drei Länder, die gemessen an ihrem Bruttosozialprodukt am großzügigsten helfen sind Dänemark (1,01%), Norwegen (0,91%) und die Niederlande (0,79%). Die drei, die am wenigsten geben, sind die USA mit 0,1%, Großbritannien mit 0,23% und Australien, Portugal und Österreich mit je 0,26%.

Übersetzer: Martin Maurer; ZNet Deutschland, 28.04.2002

Originalartikel: „ Mirror Mirror On The Wall, Who’s The Biggest Rogue Of All? “

www.zmag.de

Chronologie der US-Kriegspolitik

Es folgt eine Chronologie der US-Kriegspolitik seit 1945, zusammengestellt von Johann Schögler, Andreas Fabisch und Athanasis Boulgaropoulos von der Steirischen Friedensplattform.

1945/49, CHINA: Im chinesischen Bürgerkrieg greifen die USA auf der Seite Chiang Kaisheks gegen die Kommunisten ein.

1945/53, PHILIPPINEN: Niederschlagung der philippinischen Widerstandskämpfer, die gegen die japanischen Invasoren kämpften. Die USA machen den Diktator Ferninand Marcos zum starken Mann.

1946/49, GRIECHENLAND: Zusammen mit britischen Truppen sorgen US-Einheiten im griechischen Bürgerkrieg für die Niederlage der antifaschistischen Widerstandsbewegung, die im Kampf gegen die deutsche Besatzung die Hauptlast getragen hatte.

1950, PUERTO RICO: US-Kommandotruppen schlagen eine Rebellion für die nationale Unabhängigkeit nieder.

1950/53, KOREA: Intervention im Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südkorea auf der Seite des Südens. Der Sprengstoffeinsatz der USA entspricht fast der Hälfte aller von den USA im Zweiten Weltkrieg verwendeten Bomben und Munition. 500.000 Südkoreaner und zwei Millionen Nordkoreaner kommen ums Leben.

1953, IRAN: Die gewählte Regierung Mossadegh beschließt die Verstaatlichung der Anglo-Iranian Oil Company. Daraufhin putscht das von der CIA ausgebildete und kontrollierte Offizierscorps. Die zuvor englischen Ölfirmen werden von einem US-Konsortium übernommen. Die USA holen den Schah ins Land zurück und liquidieren die iranische Demokratie.

1954, GUATEMALA: Die CIA organisiert den Putsch gegen die rechtmäßige Regierung Arbenz in Guatemala, die im Rahmen der Bodenreform die US-Firma United Fruit Company verstaatlichen will. 140.000 Indios werden umgebracht oder verschwinden spurlos.

1956, ÄGYPTEN: Der Präsident von Ägypten Nasser entwickelt sich zu einem der Führer der blockfreien Länder. Die US-Regierung ziehen ihre Anleihe für den Assuan-Staudamm zurück. Nasser kündigt die Verstaatlichung des Suezkanals an. England, Frankreich und Israel greifen Ägypten in einer konzertierten Militäraktion an. Im Gefolge der Suez-Krise übernehmen die USA die Rolle der Nummer eins im Nahen Osten.

1958, LIBANON: 14.000 US-Marines besetzen das Land. Die vom pro-amerikanischen Staatspräsidenten Chamoun eingeleiteten Wahlmanöver und Gesetze sollen die Opposition gleichsam ausschalten. Daraus resultierende Aufstände werden mit einer Invasion von 14.000 US-Soldaten beantwortet.

1961, KUBA: In Guatemala trainiert die CIA eine exil-kubanische Söldnerarmee, die im April 1961 die Invasion in der Schweinebucht im Osten Kubas unternimmt, um die sozialrevolutionäre Regierung Castros zu stürzen. Als die Invasion scheitert, gehen die USA zu einer scharfen Blockadepolitik über.

1961, KONGO/ZAIRE: CIA-Söldner ermorden den ersten nachkolonialen Präsidenten Lumumba, der eine Position im Interesse seines Landes bezogen hatte. Die Söldnertruppen übernehmen nach und nach die Macht; 1965 wird Mobutu Präsident von Gnaden der USA, der während der nächsten Jahrzehnte ein Schreckensregiment errichtet.

1962, LAOS: Die CIA baut in Laos eine geheime Armee auf, die auch in Vietnam eingreift. Das ist gegen das Genfer Abkommen, das die Anwesenheit ausländischer Truppen in Laos verbietet.

1963, IRAK: Nachdem der Irak den Bagdadpakt verlassen hatte und der Vorsitzende des Revolutionsrates General Kassem den Einfluss ausländischer Ölkonzerne durch eine nationale Ölgesellschaft brechen wollte, wurde er durch einen CIA-inspirierten Putsch gestürzt.

1963-75, VIETNAM: US-Intervention mit 1.600.000 US-Soldaten. Die Sprengkraft der amerikanischen Bomben und Raketen übertrifft die des Zweiten Weltkrieges um das dreifache. Drei Millionen Menschen kommen ums Leben, eine halbe Million werden verkrüppelt und 900.000 Kinder bleiben als Waisen zurück.

1963-1990, SÜDAFRIKA: Mit ihren Aufklärungssystemen unterstützt die CIA die Jagd auf Gegner des Apartheidsystems. Die Festnahme von Nelson Mandela wird von der CIA organisiert.

1964, BRASILIEN: Der 1961 gewählte Präsident Joao Goulart setzt soziale Reformen in Gang, erlässt Höchstgrenzen für den Abfluss von Profiten ins Ausland und verstaatlicht eine Tochter des US-Konzernes ITT. Die CIA organisiert einen Putsch und verhilft einer Militärjunta zur Macht.

1965, DOMINIKANISCHE REPUBLIK: Der demokratisch gewählte Präsident Juan Bosch wird wegen seiner Sozialreformen vom Militär weggeputscht. Als eine wachsende Volksbewegung seine Rückkehr fordert, schicken die USA Militärs auf die Insel und schlagen den Aufstand nieder.

1965, INDOCHINA: Suharto, ein bedingungsloser Gefolgsmann Washingtons, putscht mit Unterstützung der CIA gegen die Regierung Sukarno, die eine blockunabhängige Außenpolitik verfolgt. Bei seiner Machtergreifung werden 250.000 Kommunisten umgebracht.

1966, PANAMA: Amerikanische Soldaten schießen auf friedliche Demonstranten, die die Rückgabe des Panamakanals fordern.

1967, GRIECHENLAND: Wenige Wochen vor den Wahlen inszeniert die CIA den Obristenputsch gegen die demokratische Regierung Griechenlands. Beginn einer siebenjährigen Diktatur. Mehrere tausend demokratische Bürger, Studenten und Offiziere wurden verhaftet und gefoltert.

1967, BOLIVIEN: Die CIA unterstützt den Kampf der bolivianischen Armee gegen die aufständische Guerilla und dirigiert die Festnahme und Ermordung von Che Guevara.

1972, HONDURAS: Nach direkten Interventionen der USA und Militärputschen 1972, 1975 und 1978 oktroyieren die USA im Jahr 1980 eine verfassungsgebende Versammlung, zu deren Wahl Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten nicht zugelassen sind.

1973, CHILE: 1973 putscht General Pinochet auf Betreiben der USA und mit Unterstützung der CIA gegen die chilenische Linksregierung unter Salvador Allende. Präsident Allende wird ermordet, tausende Aktivisten werden von den Todeskommandos gejagt und umgebracht. Der damalige US-Außenminister Kissinger: *Ich sehe nicht ein, dass wir zulassen sollten, dass ein Land marxistisch wird, nur weil die Bevölkerung unzurechnungsfähig ist.*

1974, ZYPERN: Die griechische Junta organisiert mit Hilfe der USA einen Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Erzbischof Makarios. Der Präsident kann dem Attentat entkommen, aber die Türkei überfällt Zypern. Als die Demokraten in Athen die Obristenjunta verjagen, unterstützt US-Außenminister Kissinger die Türkei, es kommt zur Teilung Zyperns. Tausende werden getötet, 200.000 Menschen verlieren ihre Heimat.

1975, OSTTIMOR: Die USA weigern sich, die von der Befreiungsbewegung Fretilin ausgerufene Republik (früher eine Kolonie Portugals) anzuerkennen und unterstützen die Invasion des Landes durch das indonesische Suharto-Regime. In den anschließenden Massakern werden 200.000 Timoresen getötet.

1976, ARGENTINIEN: Unter Anleitung der CIA findet ein Militärputsch gegen die zivile Regierung statt. Todesschwadronen im Auftrag des Videla-Regimes terrorisieren das Land. Tausende werden ermordet oder verschwinden für immer.

1976/1982, ANGOLA: Die USA unterstützen mit Waffen und Spezialkommandos die vom rassistischen Südafrika ausgerüsteten Rebellen gegen die Regierung der nationalen Befreiung. Das Land versinkt in einem selbstzerstörerischen Bürgerkrieg.

1980-1988, IRAN/IRAK: Nach dem Sturz des US-Verbündeten Shah Reza Pahlawi im Iran, rüsten die USA den Irak mit modernsten Waffen zum Angriff auf den Iran. Im 8-jährigen Krieg unterstützen die USA den Irak mit Aufklärungsmaterial von Satelliten und Flugzeugen. Gleichzeitig beliefern die USA auch den Iran mit Waffen mit dem Ziel, dass sich die beiden Länder gegenseitig ausbluten. Eine Million Menschen kommen in diesem Krieg ums Leben.

1980-1990, AFGHANISTAN: 1979 marschieren Sowjettruppen in Afghanistan ein und stürzen die afghanische Regierung. Die CIA heuert aus allen arabischen Ländern Aktivisten des islamischen Fundamentalismus an, um sie als Heilige Krieger gegen die Sowjets einzusetzen. Zu den von den USA ausgebildeten Terroristen gehört auch Bin Laden, dessen Al-Qaida unter der Ägide der CIA entsteht.

1981/1985, NICARAGUA: Aus dem Waffengeschäft mit dem Iran finanziert die US-Regierung den Aufbau und Unterhalt einer Söldnertruppe in Nicaragua, die sich vor allem aus Soldaten und Offizieren der Armee des früheren Diktators Somoza zusammensetzt. Die CIA beteiligt sich an der Verminung nicaraguanischer Häfen.

1981/1992, EL SALVADOR: Der CIA-Agent Roberto d'Aubuisson gründet die ARENA, de-

ren Todesschwadronen tausende Regimegegner umbringen, darunter den Erzbischof Oscar Romero. Auch nach dem Friedensschluss 1992 setzt die ARENA ihre Mordaktionen fort.

1982, FALKLANDS/MALVINAS: Die USA unterstützen Großbritannien im Feldzug zur Wiedererlangung der Inseln vor Argentinien mit Satellitenaufklärung und anderen technologischen Einrichtungen. 750 argentinische und 250 britische Soldaten kommen bei der Aktion ums Leben.

1982/1984, LIBANON: Unter Einsatz von Kriegsschiffen und -flugzeugen sowie ihrer Marines an Land vertreiben die US-Truppen die PLO und installieren die Phalangisten als dominierende Macht.

1983, GRENADA: Die USA überfallen das kleine mittelamerikanische Land, liquidieren die marxistische Regierung und setzen ein ihnen genehmes Regime ein. Über 400 Grenadier und 84 Kubaner, vor allem Bauarbeiter, werden umgebracht.

1984/1986, LIBYEN: Angriffe der US-Luftwaffe fordern mindestens 40 zivile Opfer.

1986, HAITI: Nachdem der US-Vasall Baby Doc Duvalier wegen seiner Eskapaden nicht mehr zu halten ist, installieren die USA eine Militärjunta.

1989/90, PANAMA: Bombardement von Panama City. 27.000 US-Soldaten übernehmen die Kontrolle und verhaften die Regierung Noriega. Über 2.000 Menschen sterben. Angeblich geht es um die Verhaftung Noriegas, dem Drogenhandel vorgeworfen wird. Ein Verbrechen, das Noriega jahrelang mit Wissen und zum großen Teil im Auftrag der CIA begangen hat.

1991, HAITI: Die CIA veranlasst einen Militärputsch gegen den ersten demokratisch gewählten Präsidenten, Jean-Bertrand Aristide. Die neue Militärjunta stürzt das Land in eine dreijährige Periode schlimmster Menschenrechtsverletzungen.

1991, IRAK: Nach dem Überfall des Irak auf Kuwait bombardieren die USA mit einigen Verbündeten den Irak und besetzen weite Teile des Landes. Bei den Angriffen kommen schätzungsweise 320.000 Menschen ums Leben. Die Zerstörung der Infrastruktur, weitere Bombardierungen und das bis heute andauernde UN-Embargo haben zum Tod von möglicherweise bis zu einer Million Menschen geführt.

1992/1994, SOMALIA: US-See- und Luftstreikkräfte stellen sich im Rahmen einer UN-Mission auf die Seite der ihnen genehmen Fraktion im Bürgerkrieg. Der Einsatz endet in einem Fiasko.

1993/1995, BOSNIEN: Im Rahmen von NATO-Aktionen bombardieren Kampfflugzeuge serbische Stellungen.

1995, KROATIEN: US-Kampfflugzeuge bombardieren, zwecks Vorbereitung einer kroatischen Offensive, serbische Flugplätze.

1998, AFGHANISTAN: Angriff mit Cruise Missiles auf frühere CIA-Ausbildungslager, wo Einheiten von Bin Laden vermutet werden. Die USA machen Bin Laden für Anschläge auf US-Botschaften verantwortlich.

1998, SUDAN: Raketenangriff auf eine pharmazeutische Fabrik, die angeblich Nervengas für Terroristen herstellt. Die Hälfte der pharmazeutischen Vorräte wird durch den Angriff vernichtet. Die USA erklären später, dass es sich um einen Irrtum gehandelt habe.

1999, JUGOSLAWIEN: Völkerrechtswidriger Angriff der NATO auf die BR Jugoslawien. Einsatz von Uranmunition und Splitterbomben. Bis zu 4.000 Menschen werden getötet, bis zu 8.000 verletzt, durch die Bombardierung von Chemiefabriken Erdgasanlagen und Erdölraffinerien werden

weite Gebiete verseucht.

2001/2002, AFGHANISTAN: Im Zuge der Operation Enduring Freedom werden zumindest 5.000 Zivilisten getötet. Schätzungen von Friedensforschern vermuten sogar einige zehntausend Tote. In Afghanistan wird eine dem Westen genehme Regierung unter der Führung der Nordallianz eingerichtet, die punkto Grausamkeit den Taliban keineswegs nachsteht, aber umgehend den Bau einer Erdölpipeline genehmigt.

aus: *guernica* 5/2002 und *guernica* 6/2002, Zeitung der Werkstatt Frieden & Solidarität.
www.werkstatt.or.at